

Anfragen zum Plenum

in der 44. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie beabsichtigt sie mit der Tatsache umzugehen, dass Flüchtlinge und Asylbewerberinnen bzw. -bewerber die „Transitzonen“ vermutlich umgehen und an anderen Stellen die Grenze überschreiten werden, wie genau sollen die Flüchtlinge und Asylbewerberinnen bzw. -bewerber in den so genannten „Transitzonen“ für die Dauer des Verfahrens festgehalten werden und hält die Staatsregierung Zäune zur Sicherung der Grenzen für nötig?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Nachdem bei der Einreise von Flüchtlingen und Asylbewerberinnen bzw. -bewerbern über die österreichisch-deutsche Grenze Art. 16a Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) nicht gilt, da die Einreise über einen EU-Mitgliedsstaat erfolgt, frage ich die Staatsregierung, ob sie die aktuelle Einreisepaxis nicht als Verstoß gegen geltendes Gesetz sieht, ob es rechtmäßig ist, dass das Land Bayern und die Kommunen Kosten tragen müssen, die ggf. aus der Duldung unerlaubter Einreise entstehen und was die Staatsregierung dagegen unternimmt, dass sich Personen ohne Papiere und ohne Erfassung ihrer Identität im Zusammenhang mit der aktuellen Einreisepaxis außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen in Bayern aufhalten?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sieht der exakte Verlauf der beiden geplanten neuen Stromtrassen im Freistaat Bayern aus, wo konkret werden diese mittels Erdkabel verlegt und wann genau plant die Staatsregierung Dialogveranstaltungen mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern?

**Prof. (Univ. Lima) Dr.
Peter Bauer**
(FREIE WÄHLER)

Bezugnehmend auf meine Anfrage zum Plenum vom 6. Juli 2015 (Drs. 17/7492) frage ich die Staatsregierung, ob die in ihrer Antwort geschilderten Gesundheitsuntersuchungen und die damit verbundenen Konsequenzen bei Asylbewerberinnen und -bewerbern aufgrund der aktuellen Situation, in der sich derzeit Tausende von Asylbewerberinnen und -bewerbern unregistriert in Bayern aufhalten, überhaupt umgesetzt werden können, ob die Staatsregierung aufgrund dieser Tatsachen hier eine erhöhte gesundheitliche Gefahr für die Gesamtbevölkerung sieht und wenn ja, welche konkret?

Margarete Bause
(GRU)

Bezugnehmend auf meine Anfrage zum Plenum vom 19. Oktober 2015 (Drs. 17/8655) und darauf hinweisend, dass die Frage sich an alle Mitglieder der Staatsregierung gerichtet hat und nicht lediglich nach der möglichen Kenntnis zweier Ministerien, frage ich die Staatsregierung, welche Mitglieder der Staatsregierung in welcher Form gegenüber der ungarischen Regierung in der Angelegenheit möglicher Lobbyarbeit für die Beteiligung deutscher Unternehmen am geplanten Neubau von Atomkraftwerken im ungarischen Paks tätig waren und welche Unternehmen in diesem Zusammenhang erwähnt wurden?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Kriterien muss eine Kommune erfüllen, um im Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) Berücksichtigung zu finden, welche oberfränkischen Kommunen (nach Landkreisen sortiert) können definitiv eine Förderung beantragen und erhält die Stadt Bad Rodach (nach Antragsstellung) für die Sanierung und Modernisierung der ThermeNatur Fördermittel aus diesem Programm?

Florian von Brunn
(SPD)

Bezugnehmend auf meine Schriftliche Anfrage „Unfälle in Biogasanlagen und ihre Auswirkungen auf Gewässer“ inklusive der Ergänzungen des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz mit Schreiben vom 14. September 2015 (Drs. 17/7970), frage ich die Staatsregierung, wie lange die ökologische Regeneration der Fließgewässer gedauert hat, die durch die nach Einschätzung der Staatsregierung besonders schwerwiegenden Unfälle in Biogasanlagen seit 2010 betroffen waren (Kollbach bei Arnstorf, Große Vils bei Dorfen, Steinach bei Ohrenbach und die einzelnen Unfälle an der Bina), wieso es in einer Anlage an der Bina mehrfach zu Unfällen mit Auswirkungen auf Gewässer kommen konnte und welche rechtlichen Konsequenzen die genannten schwerwiegenden Unfälle im Einzelnen nach sich gezogen haben, insbesondere hinsichtlich der mehrfach betroffenen Anlage an der Bina?

Kerstin Celina
(GRU)

Vor dem Hintergrund eines Pilotprojektes in Würzburg, mit dem studierfähige syrische Flüchtlinge unter enger Zusammenarbeit der Universität Würzburg mit ehrenamtlichen Helfern ausgewählt und gefördert werden sollen, um möglichst schnell die für ein Studium notwendigen sprachlichen Kompetenzen erlernen zu können (siehe „Main-Post“ vom 12. Oktober 2015), frage ich die Staatsregierung, wie sie das dem Pilotprojekt zugrunde liegende Konzept beurteilt, welche anderen Universitäten und Hochschulen in Bayern für solch ein Projekt prinzipiell geeignet sind und inwieweit die Staatsregierung dazu beitragen kann, Integrationsprojekte dieser Art zu fördern?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Nachdem laut Medienberichten das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat mit dem Landesverband der Pfälzer in Bayern e.V. Ende 2014 den Pachtvertrag für die Pfälzer Weinstuben zu angeblich konkurrenzlos günstigen Konditionen verlängert hat, frage ich die Staatsregierung, wie hoch die monatliche Pacht (Mindest- und Umsatzpacht, in Prozent des

Umsatzes; eventuelle jährliche Steigerungen) für die Pfälzer Weinstuben ist und wie sich diese Konditionen im Vergleich zur künftigen „Fränkischen Weinlounge“ des Fränkischen Weinbauverband e.V. in der Münchner Residenz und zu anderen ortsüblichen Pachten für staatliche Liegenschaften im Umfeld der Residenz darstellen?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche fachlichen Gründe sprechen für die Verlegung des Staatsarchivs nach Kitzingen und welche Behörden, Landkreise, Städte, Verbände oder Einzelpersonen haben sich bis heute (26. Oktober 2015) für und gegen eine Verlegung (zusätzlich zu der Auflistung in der Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Kerstin Celina auf der Drs. 17/8171) ausgesprochen (zum Beispiel durch einen Gremienbeschluss) und hat sich ganz konkret die Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ in dieser Angelegenheit mit einer Stellungnahme eingebracht?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Flüchtlings- und Asylbewerberkinder gibt es nach den aktuellsten Zahlen der Staatsregierung im Vergleich zum Ende des Schuljahres 2014/2015 (in absoluten Zahlen und aufgeschlüsselt nach schul- und berufsschulpflichtig und je Regierungsbezirk), wie viele davon werden aktuell im Schuljahr 2015/2016 beschult bzw. nicht beschult (in absoluten Zahlen und unter Angabe der jeweiligen Schulart und Art der Klasse wie beispielsweise Übergangsklasse oder kooperative Vorklasse zum Berufsintegrationsjahr bzw. Klasse im kooperativen Berufsvorbereitungsjahr) und welche Zahlen von schul- und berufsschulpflichtigen Flüchtlingen hat die Staatsregierung bei der Sitzung der 351. Kultusministerkonferenz (KMK) Anfang Oktober in Berlin für Bayern in 2015 verwendet bzw. angesetzt?

Dr. Linus Förster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie das 17-Punkte-Programm des EU-Balkangipfels mit Bundeskanzlerin Merkel vom 25. Oktober 2015, wie funktioniert der Informationsaustausch über Flüchtlingszahlen und Maßnahmen zwischen dem Freistaat Bayern und der Republik Österreich im Konkreten, welche prinzipiellen Vereinbarungen existieren mit Österreich zur Übernahme von Flüchtlingen an der bayerischen Außengrenze?

Markus Ganserer
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass zum Ende des Waldnaturschutzjahres, bei dem sich die staatliche Forstverwaltung noch bei zahlreichen Veranstaltungen für eine naturnahe Waldwirtschaft rühmte, Verhandlungen mit dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat über die zukünftige Förderung von Maßnahmen zur integrativen Waldbewirtschaftung geführt werden, in welcher Höhe werden in 2016 Mittel zur Förderung von Maßnahmen zur integrativen Waldbewirtschaftung bereit gestellt und in welchem Umfang werden Mittel speziell zur Förderung der Pferderückung als bodenschonende Bringung bereit stehen?

Thomas Gehring

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrkräfte (absolut und prozentual) mit Zuwanderungsgeschichte arbeiten an bayerischen

- (GRU) Schulen (bitte aufgeschlüsselt nach Schulart), inwiefern wird das Netzwerk für Lehrkräfte mit Migrationshintergrund von der Staatsregierung unterstützt und welche Maßnahmen sind geplant, um mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund an den bayerischen Schulen zu beschäftigen?
- Martin Güll**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, in welcher Zeitspanne soll in den von ihr vorgeschlagenen „Transitzonen“ über das Asylbegehren von Zufluchtsuchenden entschieden werden, sollen Antragstellerinnen und Antragsteller in jedem Fall bis zum Abschluss des Asylverfahrens in dieser „Transitzone“ bleiben und wie viele Personalstellen aus Verwaltung, Bundeswehr, Justiz, Polizei und Sozialbetreuung sollen pro „Transitzone“ eingesetzt werden?
- Volkmar Halbleib**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Beamtinnen und Beamte wurden von der Staatsregierung zur Unterstützung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) abgeordnet, um Asylverfahren zu beschleunigen, in welcher Zahl plant die Staatsregierung solche Abordnungen in 2015 und 2016 und aus welchen Geschäftsbereichen kommen diese Abordnungen (bitte aufschlüsseln nach Geschäftsbereich und Anzahl der Abordnungen)?
- Joachim Hanisch**
(FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, wie sie ihrer Aufgabe „Förderung der Familie“, gerade für Junglehrerinnen und -lehrer (sowohl während des Referendariats, als auch nach Beendigung der Ausbildung mit Bestehen des Zweiten Staatsexamens), nachkommen will, ob es bereits konkrete Angebote speziell für Lehrkräfte gibt, um eine durchgehende Kinderbetreuung zu gewährleisten vor dem Hintergrund des häufigen Wohnortwechsels und wie oft Lehrkräfte im bayernweiten Durchschnitt ab dem Zeitpunkt des Bestehens des Zweiten Staatsexamens bis zu einem unbefristeten Anstellungsvertrag die Schule bzw. Wohnort wechseln müssen (Aufgliederung nach Schulart)?
- Ludwig Hartmann**
(GRU) Eingedenk der Wortmeldung von Ministerpräsident Horst Seehofer in der Plenarsitzung vom 20. Oktober 2015, in der er davon sprach, dass es in Bayern 14.000 und im Bundesgebiet 70.000 Menschen gäbe, die durch Abschiebung oder freiwillige Rückreise „zurückgeführt“ werden müssten, frage ich die Staatsregierung, auf welchen Erhebungen diese Zahlen basieren, wie lange sich diese Menschen durchschnittlich schon in Bayern oder im Bundesgebiet aufhalten und welcher Anteil dieser Menschen davon jeweils welchen Aufenthaltsstatus diese Menschen jeweils inne hatten?
- Dr. Leopold Herz**
(FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, ist eine Förderung für bodennahe Gülleausbringung im Jahr 2016 noch möglich und wie sieht diese dann aus?
- Alexandra Hiersemann**
(SPD) Im Hinblick auf den am 8. Oktober 2015 veröffentlichten Beschluss der 3. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juli 2015 (Az.: 1 BvR 2501/13), wonach die Polizei, die Filmaufnahmen von einer Versammlung anfertigt, nicht ohne Weiteres berechtigt ist, die Identität von Versamm-

lungsteilnehmern festzustellen, die ihrerseits bei der Versammlung eingesetzte Polizeikräfte filmen, ohne dass eine konkrete Gefahr für ein polizeiliches Schutzgut zu besorgen ist, und im Hinblick auf die Aufhebung der hierzu ergangenen verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen mangels ausreichender Begründung, frage ich die Staatsregierung, welche Konsequenzen sie aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zieht und wie dafür Sorge getragen wird, dass diese Entscheidung bei der Polizei bekannt gemacht wird?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, was bedeuten die Änderungen der Bundesgesetzgebung in Bezug auf die Umverteilung minderjähriger Flüchtlinge für die Träger in Bayern genau (bitte auch den Zeitpunkt sowie die Art und Weise der Information der Träger und Kommunen über diesen Sachverhalt angeben), welche Folgen wird der geplante achtzehnmonatige Belegungsstopp für die bisher in diesem Bereich tätigen Einrichtungen in Bayern haben, und inwieweit hat die neue Gesetzgebung Einfluss auf die Betreuung der volljährigen Flüchtlinge in Bayern?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele „Transitzonen“ hält sie in Bayern für notwendig, welche konkreten Standorte für diese Zonen wird die Staatsregierung der Bundesregierung vorschlagen und welchen Zeithorizont sieht sie für die Einrichtung von „Transitzonen“ vor?

Günther Knoblauch
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was für ein Verhältnis von Entscheidern und Asylbewerbern sieht sie für die „Transitzonen“ vor, wie viele Anträge sollen Entscheider (bitte Frist angeben) abschließend bearbeiten, wohin im Konkreten sollen die Zufluchtsuchenden im Fall eines negativen Bescheids abgeschoben werden?

Natascha Kohnen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Gesichtspunkten stellt der Freistaat Bayern derzeit Mittel für Sicherheitskräfte an Sammelunterkünften für Asylbewerberinnen und -bewerber zur Verfügung und wie verhält sich dies für die Zukunft?

Ulrich Leiner
(GRU)

Bezugnehmend auf die Antwort auf meine Anfrage zum Plenum vom 19. Oktober 2015 frage ich die Staatsregierung, wie viele Mittel zur Auflösung des Haushaltsengpasses für das Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) wären im Nachtragshaushalt 2016 zusätzlich erforderlich, um 2016 wieder alle KULAP-Maßnahmen anbieten zu können?

Andreas Lotte
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, hat im Zeitraum Juni bis August 2015 eine erneute Abfrage der Staatsregierung bei den Gemeinden zu den Gebietskulissen von Mietpreisbremse oder Kappungsgrenzenesenkungsverordnung stattgefunden, was war der genaue Abfragegegenstand und was waren die Ergebnisse der Abfrage?

Peter Meyer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wann erfolgt die für die Busunternehmer rückwirkend zum 1. Januar 2014 durch das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr angekündigte Erhöhung des Sollkostensatzes nach § 45a des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG), warum ist dies bis jetzt noch nicht von der Staatsregie-

rung umgesetzt worden und wann erfolgt Rechtssicherheit in dieser Frage für die Busunternehmer?

Alexander Muthmann
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Asylbewerberinnen und -bewerber (nach Nationalität aufgeschlüsselt), die keine Anerkennung erhielten, wurden 2015 bisher in Bayern abgeschoben, wie viele halten sich trotz ablehnenden Bescheids als geduldete Flüchtlinge in Bayern auf und wie viele abgelehnte Asylbewerberinnen und -bewerber halten sich aus anderen Gründen noch in Bayern auf?

Verena Osgyan
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Sicherheitskräfte in den Flüchtlingsunterkünften in Mittelfranken insgesamt im Einsatz sind, in wie vielen Flüchtlingsunterkünften in Mittelfranken ausschließlich Sicherheitskräfte im Einsatz sind und welche Ausbildung die Sicherheitskräfte für einen Einsatz in Flüchtlingsunterkünften vorweisen müssen?

Hans-Ulrich Pfaffmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Menschenrechtslage im Iran in den letzten Jahren entwickelt, wie bewertet sie die Rolle Irans hinsichtlich vermeintlicher Unterstützung der ISIS und wie bewertet die Staatsregierung im Konkreten die Rolle Irans zur Bewältigung der weltweiten Flüchtlingskrise?

Doris Rauscher
(SPD)

Nachdem sich in der vergangenen Woche auf der Staatsstraße 2080, die für ihre hohe Unfallrate bekannt ist, schon wieder tödliche Unfälle ereignet haben, frage ich die Staatsregierung, wie schätzt sie den Streckenabschnitt der Staatsstraße 2080 insbesondere zwischen Ebersberg und Schwaberwegen hinsichtlich Sicherheit und Unfallrisiko für die Verkehrsteilnehmer ein, welche Maßnahmen kommen in den Augen der Staatsregierung infrage, um die Sicherheit in diesem Streckenabschnitt signifikant zu verbessern und die Zahl der (tödlichen) Unfälle zu verringern, und welcher dieser Möglichkeiten gedenkt die Staatsregierung in Anbetracht der vielen schweren Unfälle in den vergangenen Jahren zur Verbesserung der Situation zu ergreifen?

Doris Rauscher
(SPD)

Schriftliche Anfrage, die als Anfrage zum Plenum gestellt wurde (§ 72 Abs. 1 Satz 2):

Ich frage die Staatsregierung:

1) Ist der ihr bekannt, dass Asylbewerberinnen und -bewerber im Landkreis Erding keine Erstausrüstung an Bekleidung erhalten haben, sondern vom Landkreis Erding in Absprache mit der Regierung von Oberbayern an ehrenamtlich agierende Kleiderspenden und Kleiderkammern verwiesen wurden?

2) Wie bewertet die Staatsregierung dieses Vorgehen?

3) Wie verhält sich das Vorgehen der Kommune zum Grundsatz nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, wonach Asylbewerberinnen und -bewerber der notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheitspflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts bei Unterbringung in einer Aufnahmeeinrichtung zur Verfügung gestellt wird?

- Markus Rinderspacher**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnisse hat sie über den Umstand, dass ausreisewillige Flüchtlinge vom Westbalkan nicht ausreisen können, weil die zuständigen Behörden von Freistaat und Bund die eingehaltenen Personaldokumente nicht mehr auffinden, welches Organisationsprinzip zur Aufbewahrung der Flüchtlingsausweise findet Anwendung nach Entgegennahme der Dokumente durch die Polizei, durch die Mitarbeiter der Regierungen und Landkreise oder anderer Stellen und wird darüber nachgedacht, zur Vereinfachung das Verfahren so weit wie möglich zu digitalisieren, beispielsweise über Einscannen der Dokumente?
- Florian Ritter**
(SPD) In Hinblick auf die intensive Teilnahme von Angehörigen rechtsradikaler Gruppen bei den sogenannten Pegida-Demonstrationen und die Debatte über die Bewertung von Pegida-Ablegern in Bayern frage ich die Staatsregierung, welche bayerischen Sicherheitsbehörden erheben Informationen über Pegida-Ableger in Bayern und insbesondere über den „Graubereich“ zwischen Rechtspopulismus, islamfeindlichem Extremismus und Rechtsradikalismus und welche Aktionsbereiche (wie z.B. Äußerungen oder mitgeführte Transparente auf Kundgebungen, Veröffentlichungen und Diskussionen in sozialen Netzwerken) werden dabei mit welchen Mitteln ausgewertet?
- Bernhard Roos**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Rückrufe von Streifenwagen der Bayerischen Polizei der Marken der Volkswagen AG erwartet die Staatsregierung, mit welchen Folgen ist zu rechnen und wie hoch ist der Flottenanteil der VW-Marken?
- Georg Rosenthal**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, ob sie Kenntnis davon hat, wie viele Drohanrufe und -schreiben an politische Mandatsträgerinnen und -träger den bayerischen Sicherheitsbehörden im Jahr 2015 bekannt sind (mit Bitte um Aufschlüsselung nach Monaten)?
- Franz Schindler**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger von Großbain (Gemeinde Eschlkam, Landkreis Cham) auf Sperrung der Staatsstraße 2140 für den Lkw-Verkehr, um die Lärmbelastung zu reduzieren und welche Auswirkungen wären von einer solchen Entscheidung für die Stadt Furth i. Wald zu erwarten?
- Helga Schmitt-Bussinger**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wann und in welchen konkreten Einrichtungen hat der Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, in den Jahren 2013, 2014 und 2015 Staatsempfänge durchgeführt, (bitte die jeweiligen Kosten angeben) und welche Empfänge sind derzeit in Planung (bitte Ort und Datum angeben)?
- Katharina Schulze**
(GRU) Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass für den 8. November 2015 eine Versammlung im oberfränkischen Schirnding nach dem Vorbild der in Sachsen durch die islam- und flüchtlingsfeindliche Szene organisierten Aktion „Wir helfen beim Grenzbau“ angekündigt wurde, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie zur Beteiligung von rechtsextremen Gruppen bzw. Einzelpersonen

sonen (aus dem In- und Ausland) an der Organisation bzw. Mobilisierung hat, inwiefern zivilgesellschaftliche Bündnisse und die demokratischen Kräfte vor Ort über die Aktion informiert wurden und welche Beratungs- bzw. Aufklärungsmaßnahmen sie vor Ort – gemeinsam mit den betroffenen Kommunen – plant?

Stefan Schuster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, beobachtet der bayerische Verfassungsschutz die Aktivitäten der AfD im Freistaat Bayern, welche Hinweise hat die Staatsregierung auf rechtsextremistische Aktivitäten und Wortmeldungen der AfD in Bayern und welche Kenntnisse liegen ihr diesbezüglich aus anderen Bundesländern vor?

Gisela Sengl
(GRU)

Nachdem bei der Versorgung der Flüchtlinge am Freilassingener Bahnhof immer wieder Mangel an Trinkwasser besteht, so dass regelmäßig die Bevölkerung aufgerufen wird, Stilles Wasser in 0,5-l-Flaschen zu spenden und ich daher aus Umweltgründen und zur Vereinfachung der schwierigen Situation vor Ort eine Versorgung der Flüchtlinge mit Trinkwasser aus der Leitung vorschlagen möchte, frage ich die Staatsregierung, warum werden die Flüchtlinge am Freilassingener Bahnhof nicht mit dem Wasser aus dem Wasserversorgungsnetz, an das der Bahnhof Freilassing angeschlossen ist, versorgt, besitzt das Wasser aus dem Wasserversorgungsnetz, an das der Bahnhof Freilassing angeschlossen ist, keine Trinkwasserqualität und erwägt die Staatsregierung, die Versorgung der Flüchtlinge zukünftig über das Trinkwassernetz zu gewährleisten?

Kathrin Sonnenholzner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wo in Bayern und für welche Impfstoffe gibt es derzeit Lieferengpässe und was unternimmt sie, um ausreichend Impfstoffe bereitzustellen?

Claudia Stamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie erklärt sie die Differenz zwischen den angekündigten 1.700 Lehrkräften aus dem Bericht der Kabinettsitzung und den 1.079 Lehrerinnen- und Lehrerstellen laut Nachschubliste zum Nachtragshaushalt, zu welchem konkreten Zeitpunkt sollen die zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden und inwiefern gedenkt die Staatsregierung, im Bereich der Erwachsenenbildung verstärkte Angebote für erwachsene Flüchtlinge, insbesondere an Volkshochschulen, bereitzustellen oder zu finanzieren?

Rosi Steinberger
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wird im Bereich der Zufahrt des Aussiedlerhofs Malz in der Gemeinde Hutthurm noch vor dem Winter das teerhaltige Material ausgebaut und kann sichergestellt werden, dass die bereits erfolgte Versiegelung der Fahrsilos dem Stand der Technik bezüglich der Wasserdichtheit und der Standfestigkeit der Zwischenwände entspricht?

Florian Streibl
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, kann sie ausschließen, dass Verantwortliche (z.B. Staatsminister, Staatssekretäre, Vertreter der Ministerialbürokratie) im Zusammenhang mit dem derzeit in der Öffentlichkeit diskutierten Skandal um die Vergabe der Fußballweltmeisterschaft Kenntnis über die Vorgänge hatten oder darin

eingebunden waren (z.B. in Form von Beratungen mit Vertretern des Organisationskomitees)?

Reinhold Strobl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen Sitzungen des Bayerischen Medienrats sowie an dessen Grundsatzausschuss hat die Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Ilse Aigner, seit ihrer Berufung teilgenommen, an welchen Sitzungen hat sie jeweils nicht teilgenommen und welche medienpolitische Bedeutung misst Staatsministerin Ilse Aigner dem Bayerischen Medienrat bei?

Martin Stümpfig
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie will das Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (StMWi) die Pläne zur gezielten Erschließung von KWK-Potenzialen (KWK = Kraft-Wärme-Kopplung) und zur Identifizierung von Wärmesenken, wie im Bayerische Energieprogramm beschrieben, vorantreiben, wie gestalten sich die neuen Förderungen für Kommunen konkret und welche Schritte und Erhebungen unternimmt das StMWi in eigener Zuständigkeit, um Potenziale in diesem Bereich zu erschließen?

Dr. Karl Vetter
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, befürwortet sie die Einführung eines Schatzregals, falls ja, in welcher Ausprägung und wann ist mit einem diesbezüglichen Gesetzentwurf zu rechnen?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es auf Landes- oder kommunaler Ebene in Bayern Regelungen oder Modelle für den Versicherungsschutz für Flüchtlinge (bitte einzeln für verschiedene Versicherungsbereiche und nach Landkreisen und Kommunen aufschlüsseln) und plant die Staatsregierung Regelungen für den Versicherungsschutz (Haftpflicht- und Unfallversicherung) für Asylsuchende, zum Beispiel durch den Abschluss von Rahmenverträgen?

Angelika Weikert
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es in Bayern einen Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz für Ehrenamtliche, der sich auf Flüchtlingshelferinnen und -helfer erstreckt, wenn ja, welche Leistungen umfasst diese Versicherung und wenn nein, plant die Staatsregierung, eine Ehrenamtsversicherung auf den Weg zu bringen?

Johanna Werner-Muggendorfer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie unterscheiden sich die am 24. September 2015 von Bund und Ländern beschlossenen Wart- und Registrierungscentren vom Vorschlag der Staatsregierung, sogenannte Transitzone an den bayerischen Außengrenzen zu errichten, bis zu welcher Höchstzahl sollen die sogenannten Transitzone an den bayerischen Außengrenzen Asylbewerberinnen bzw. -bewerber und Flüchtlinge aufnehmen und wie viele Menschen werden nach Prognosen der Staatsregierung pro Monat ein solches „Transitverfahren“ durchlaufen müssen?

Margit Wild
(SPD)

Nachdem im Eckpunktepapier der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Änderungsbedarf des Krankenhausstrukturgesetzes unter Punkt VI Notfallversorgung vereinbart wurde, dass der ergänzte Bewertungsausschuss eine EBM-Vergütung (EBM = Einheitlicher Bewertungsmaßstab), differenziert nach Schweregrad des

Notfalls, erarbeiten soll, frage ich die Staatsregierung, ob weiter davon auszugehen ist, dass der Notfall (sofortige Behandlung, da Bedrohung von Leib und Leben besteht) deutlich höher bewertet wird als die Leistungen im Bereitschaftsdienst zur sprechstundenfreien Zeit, und da die komplette ambulante Vergütung der Notfallversorgung im Rahmen der Honorarverteilung der morbiditätsbedingten Gesamtvergütung (MGV) geregelt werden soll, ob sie Auswirkungen für die Regelleistungsvolumina der bayerischen Vertragsärzte erwartet und wenn ja, in welcher Größenordnung?

Isabell Zacharias
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wer soll die Kosten für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung Asylsuchender und Ausreisepflichtiger in den „Transitzonen“ tragen, welche Art von Leistungen sollen Asylbewerberinnen bzw. -bewerber und Flüchtlinge während ihres Aufenthalts in einer „Transitzone“ erhalten und wie genau möchte die Staatsregierung eine angemessene Rechtsberatung der Antragsteller sicherstellen?

Benno Zierer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wird beim Bau des Satellitengebäudes am Terminal 2 des Flughafens München, das im April 2016 eröffnet werden soll, der Kostenrahmen von 877 Mio. Euro eingehalten und wenn nicht, wie hoch sind die Mehrkosten und worauf sind sie zurückzuführen?